

**Direktion der Justiz und des Innern
des Kantons Zürich
Herr Dr. Andreas Müller
Kaspar Escher-Haus
Postfach
8090 Zürich**

22. Juni 2001

**Vernehmlassung der Grünen des Kantons Zürich zur
NEUREGELUNG DES VERHAELTNISSES VON KIRCHE UND STAAT**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung über die Neuregelung des Verhältnisses von Kirche und Staat und nehmen dazu wie folgt Stellung:

1. Bei den Grünen gibt es traditionell Anhänger einer Trennung von "Kirche und Staat", derweil die Mehrheit grundsätzlich nicht zuletzt aus sozialen Gründen der bisherigen Lösung anhing, diese aber durchaus für reformbedürftig erachtete. Mit der Novelle der Direktion des Innern und der Justiz wird, nachdem die Trennungsinitiative klar abgelehnt worden ist, eine Reform eingeleitet, die mit alten Zöpfen aufräumt und wichtige Modernisierungsschritte vorsieht. Sie vermag insgesamt zu befriedigen, Details müssen in der parlamentarischen Beratung bereinigt werden.
2. Die Grünen befürworten die angestrebte Gewährung einer grösseren Autonomie der Kirchen, die in entscheidenden Punkten wegführt vom "Staatskirchentum". Damit sind neue Grundlagen geschaffen, die staatliche Einflussversuche in die autonome (politische - auch kirchliche Fragen sind sehr oft politische Fragen) Meinungsbildung nicht mehr ermöglichen. Vor allem wird begrüsst, dass für die Einführung der Stimm- und Wahlrechtsautonomie die nötigen Grundlagen geschaffen werden. Natürlich in der Hoffnung, damit werde das Ausländerstimmrecht seine Verwirklichung finden. Ebenso erscheint es als richtig, nun mehr die Oberaufsicht über die Beziehungen des Staates zu den Kirchen beim Kantonsrat anzusiedeln.
3. Die Grünen sind froh, dass mit Art. 64 Abs. 5 KV die verfassungsmässigen Grundlagen als Voraussetzungen für die Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften gelegt werden sollen. Alle im Kanton vorhandenen Weltreligionen, die in repräsentativer Zahl vertreten sind, sollten die Möglichkeit der Anerkennung erhalten. Dies entspricht nicht nur dem Gebot der Gleichberechtigung der Weltreligionen, sondern ist auch Ausfluss der Multikulturalität unserer Gesellschaft. Glaubensgemeinschaften wie der Islam, aber auch das orthodoxe Christentum (Griechisch oder russisch Orthodoxe) werden unter der Wohnbevölkerung und durch die Einbürgerung der zweiten und dritten Generation

etwa von Kindern aus der Türkei, dem Kosovo oder Jugoslawiens auch unter Schweizer Bürgerinnen und Bürgern an Bedeutung eher zu- als abnehmen. Mithin ist diese Anerkennungsmöglichkeit auch ein Schritt der Förderung des Zusammenlebens von Schweizern und Ausländern und von Menschen unterschiedlicher religiöser und ethnischer Herkunft.

4. Die Finanz- und Steuerreform findet Zustimmung, weil sie zu einer gezielten Wahrnehmung von Aufgaben durch die kirchlichen Körperschaften in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur führt. Damit anerkennt der Staat zu Recht, dass die kirchlichen Körperschaften im gesamten sozialen Gefüge einen eigenständigen unabdingbaren Stellenwert haben. Sie übernehmen wichtige Aufgaben im Sozial- und Bildungsbereich, welche der Staat nicht wahrnimmt (was historisch so gewachsen ist). Die alternative Finanzierungsform mit einer kantonalen Zuschlagsteuer wäre eine elegante Lösung, um den berechtigten Vorwurf, mit der Besteuerung von juristischen Personen fliesse auch Steuersubstrat von nicht kirchlich gebundenen Personen in die kirchlichen Körperschaften, zu entkräften.
5. Die Streichung der historischen Rechtstitel hat sich längst aufgedrängt und wird begrüsst; sie wird durch eine effiziente neue Grundlage der staatlichen Finanzierung der kirchlichen Tätigkeit ersetzt.
6. Was den Verfassungsteil angeht, fällt er in die Zuständigkeit des Verfassungsrates. Es ist zu hoffen, dass eine sinnvolle Arbeitsteilung, aber auch eine Zusammenarbeit zwischen Kantonsrat - zuständig für das Gesetz - und Verfassungsrat die Einheit beider Vorlagen beibehält und zur Verwirklichung der vorgeschlagenen Konzeption führt.
7. Mit dieser Vorlage könnte nach einer Jahre langen Auseinandersetzung und sehr viel Stillstand das Verhältnis Kirche und Staat einen sinnvollen Neuanfang finden.

Freundliche Grüsse

Grüne Partei Kanton Zürich